

# Stenographisches Protokoll.

## 92. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich.

Mittwoch, den 7. Juli 1920.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Hauptausschusses, betreffend den Vorschlag über die Wahl der Staatssekretäre und die Bestellung von Unterstaatssekretären. — 2. Wahl der Staatsregierung.

### Inhalt.

#### Staatsregierung.

Wahl derselben (Seite 3021 bis 3024).

#### Erklärung der Staatsregierung.

Abgabe der Erklärung seitens des Vorsitzenden im Kabinett Staatssekretärs Dr. Mayr ([Seite 3025] — Antrag des Abgeordneten Forstner auf Eröffnung der Debatte [Seite 3025] — Annahme des Antrages [Seite 3025] — Redner: die Abgeordneten Dr. Otto Bauer [Seite 3026], Dr. Seipel [Seite 3028], Dr. Schürff [Seite 3031]).

#### Vorlagen der Staatsregierung.

Zuweisungen:

1. 893 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 2966);
2. 889, 891 und 892 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 2966).

#### Verhandlung.

Bericht des Hauptausschusses, betreffend den Vorschlag über die Wahl der Staatssekretäre und die Bestellung von Unterstaatssekretären — Redner: Berichterstatter Dr. Adler [Seite 3021]).

#### Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied des Hauptausschusses seitens des Abgeordneten Unterkircher, als Mitglieder des Verfassungsausschusses seitens der Abgeordneten Muchitsch, Richter und Popp, als Ersatzmann im Verfassungsausschusse seitens des Abgeordneten Dr. Danneberg, als Ersatzmitglied im Ausschusse für soziale Verwaltung seitens der Abgeordneten Popp und als Mitglied des Justizauschusses seitens des Abgeordneten Heini (Seite 3032 und 3033).

Ersatzwahlen des Abgeordneten Fink als Mitglied des Hauptausschusses an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Unterkircher, der Abgeordneten Dr.



Danneberg, Dr. Eisler, Eiberich als Mitglieder und der Abgeordneten Popp als Ersatzmitglied im Verfassungsausschusse an Stelle der zurückgetretenen Abgeordneten Muchitsch, Richter und Popp, beziehungsweise Dr. Danneberg, des Abgeordneten

Dr. Waiz als Mitglied des Justizauschusses an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Heini und des Abgeordneten Scheibin als Ersatzmann im Ausschusse für soziale Verwaltung an Stelle der zurückgetretenen Abgeordneten Popp (Seite 3033 und 3034).

## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. des Abgeordneten Birchbauer und Genossen, betreffend die Notstandshilfe für Pölla (901 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Weigl, Höchtl und Genossen, betreffend eine Notstandsangelegenheit (902 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Größbauer und Genossen in Notstandsangelegenheiten (903 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Abram, Gröger, Hafner, Hermann Hermann, Muchitsch, Skaret, Weber, Witternigg und Genossen, auf Schaffung einer Bundesverfassung für die Republik Österreich (904 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Gürtler, Fischitz, Tragler und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die drohende Einstellung von Postfahr-  
linien (Anhang I, 381/I);

2. des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an die Staatsregierung, betreffend die Durchführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 17. Dezember 1919 wegen Erhöhung der zur Linderung der durch die Unwetterkatastrophe in Oberösterreich angerichteten Schäden gewährten staatlichen Unterstützung (Anhang I, 382/I);
3. des Abgeordneten Dr. Otto Bauer und Genossen an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, betreffend Beschränkungen des Wylrechtes durch die Wiener Polizeidirektion (Anhang I, 383/I);
4. des Abgeordneten Tuller und Genossen an den Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Versorgung der Hüttenwerke in Steiermark mit den notwendigen Rohstoffen (Anhang I, 384/I);
5. des Abgeordneten Dr. Otto Bauer und Genossen an den Staatssekretär für Justiz, betreffend Mißstände im Untersuchungsgefängnis des Landesgerichtes Wien (Anhang I, 385/I);
6. des Abgeordneten Dr. Danneberg und Genossen an den Staatssekretär für Justiz wegen Verletzung gesetzlicher Vorschriften im Prozeß gegen Neumährner Arbeiter durch den Untersuchungsrichter (Anhang I, 386/I).



## Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Reich**, zweiter Präsident **Hauser**.

Schriftführer: Dr. **Gimpl**, **Forstner**.

Vorsitzender im Kabinett: Staatssekretär Dr. **Mayr**.

Staatssekretäre: **Hanusch** für soziale Verwaltung, **Breisky** für Inneres und Unterricht, Dr. **Roller** für Justiz, Dr. **Reisch** für Finanzen, **Haueis** für Land- und Forstwirtschaft, **Heinl** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Remner** für Äußeres, Dr. **Deutsch** für Heereswesen, Dr. **Pesta** für Verkehrswesen, Dr. **Ellenbogen**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Reisch** und Dr. **Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Das Protokoll über die Sitzung vom 6. Juli liegt in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder auf.

Wir kommen zur Tagesordnung. Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Hauptausschusses, betreffend den Vorschlag über die Wahl der Staatssekretäre und die Bestellung von Unterstaatssekretären.

Ich ersuche den Referenten Dr. **Adler**, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatte Dr. **Adler**: Hohes Haus! Im Auftrage des Hauptausschusses habe ich zunächst mitzuteilen, daß es dem Hauptausschusse auch in seiner heutigen Sitzung nicht gelungen ist, im Sinne des Artikels II des Gesetzes über die Staatsregierung vom 14. März 1919 zu einem Gesamtvorschlag über die Bildung der Staatsregierung zu kommen. Der Hauptausschuß sieht sich daher veranlaßt, im Sinne des Gesetzes vom 6. Juli 1920, womit die Gesetzgebungsperiode der Konstituierenden Nationalversammlung abgekürzt wird und einstweilige Bestimmungen für die Wahl der Staatsregierung getroffen werden, St. G. Bl. Nr. 183, dem hohen Hause den Vorschlag zur Bildung einer Regierung zu machen, der sich auf dieses Gesetz stützt.

Der Hauptausschuß macht zunächst den Vorschlag, daß im Sinne dieses Gesetzes zwölf Staatssekretäre und vier Unterstaatssekretäre gewählt werden. Bezüglich zweier Staatssekretäre ist der Hauptausschuß zu einer Einigung gelangt und er schlägt dem hohen Hause vor, den Herrn Ministerialrat Dr. **Karl Pesta** und Herrn Professor Dr. **Richard Reisch** zu Staatssekretären zu wählen. Bezüglich der andern Staatssekretäre schlägt der Hauptausschuß vor, zunächst neun Staatssekretäre im Sinne des Artikels III des Gesetzes vom 6. Juli 1920, auf dem Wege der Verhältniswahl zu wählen und im Sinne des Artikels V vier Unterstaatssekretäre im Wege der Verhältniswahl zu wählen. Das Amt des zwölften Staatssekretärs, der ursprünglich in Aussicht genommen war, würde nach dem Vorschlage des Hauptausschusses heute noch nicht besetzt werden, da infolge der Abstimmung, die gestern in diesem hohen Hause stattgefunden hat, der ursprünglich in Aussicht genomme Dr. **Loewenfeld**-Kuß es abgelehnt hat, in dieses Kabinett einzutreten.

Es wären also heute in drei Wahlgängen elf Staatssekretäre und vier Unterstaatssekretäre zu wählen. Dies ist der Vorschlag des Hauptausschusses.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist dies nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Die Wahl wird in drei Wahlgängen vor sich gehen, jedesmal in namentlicher Abstimmung.

Im ersten Wahlgang wird die Wahl von zwei Staatssekretären auf Grund des eben erstatteten Teilvorschlages des Hauptausschusses vorgenommen werden, im zweiten Wahlgang die Bestellung von neun Staatssekretären im Wege der Verhältniswahl und im dritten Wahlgange die Bestellung von vier Unterstaatssekretären gleichfalls im Wege der Verhältniswahl erfolgen.

Ich bitte nunmehr, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Wir schreiten also zunächst zur Abstimmung über den vom Hauptausschusse erstatteten Teilvorschlag, betreffend die Bestellung von zwei Staatssekretären, und zwar lautet der Antrag auf den bisherigen Staatssekretär Dr. **Richard Reisch** und den Ministerialrat im Staatsamte für Verkehrswesen Dr. **Karl Pesta**.

Nach Artikel II des Gesetzes vom 14. März 1919, St. G. Bl. Nr. 180, über die Staatsregierung erfolgt die Schlußfassung des Hauses über



den Vorschlag des Hauptausschusses durch namentliche Abstimmung.

Für eine namentliche Abstimmung gelten die Bestimmungen des § 57d der Geschäftsordnung. Die Mitglieder werden sich also der ihnen von der Kanzlei des Hauses zur Verfügung gestellten Stimmzettel bedienen, die den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ oder „Nein“ tragen. Die Herren haben diese Zettel in ihren Pulten. Von mir bestimmte Beamte werden sich zu den einzelnen Bankreihen begeben und die Stimmzettel in Empfang nehmen.

Jene Mitglieder, die dem Vorschlage des Hauptausschusses ihre Zustimmung geben wollen, haben die Karte abzugeben, die auf „Ja“ lautet, die ihn ablehnen wollen, die Karte, die auf „Nein“ lautet.

Ich bitte die Herren Beamten, die Stimmzettel einzusammeln. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird im Laufe der Sitzung dann unter Einem vorgenommen werden.

Nun beantragt der Hauptausschuß, neun Staatssekretäre und vier Unterstaatssekretäre zu wählen.

Ich werde über diesen Antrag abstimmen lassen und bitte diejenigen Abgeordneten, welche ihm zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Ist angenommen.

Wir kommen also zum zweiten Wahlgang, das ist die Bestellung von neun Staatssekretären im Wege der Verhältniswahl.

Die Wahl erfolgt auf Grund der gemäß Artikel IV des Gesetzes vom 6. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 283, von den Parteien bei mir angemeldeten Parteilisten.

Es sind mir drei Parteilisten übermittelt worden, und zwar: eine Liste des Sozialdemokratischen Verbandes, enthaltend die Namen Ferdinand Hanusch, Dr. Karl Renner, Dr. Julius Deutsch, Dr. Wilhelm Ellenbogen; weiters eine Liste der Christlichsozialen Vereinigung, lautend auf die Namen Dr. Michael Mayr, Sektionschef Walter Breisky, Alois Hauers, Eduard Heisl; endlich eine Liste der Großdeutschen Vereinigung, mit dem Namen Dr. Julius Röllner, Präsident des Obersten Gerichtshofes.

Die Wahl erfolgt gleichfalls in namentlicher Abstimmung über diese Parteilisten in der Weise, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung dem auf seinen Namen lautenden Stimmzettel noch einen Vermerk handschriftlich beisetzt, der die Parteiliste bezeichnet, für die das betreffende Mitglied stimmen will, so daß also auf die Stimm-

zettel, die die Herren in Händen haben, zu schreiben ist: „Sozialdemokratische Liste“ oder: „Christlichsoziale Liste“ oder: „Großdeutsche Liste“.

Ich ersuche die Herren Beamten, die Stimmzettel einzusammeln. *(Nach Einsammlung der Stimmzettel:)*

Die Stimmenabgabe ist beendet, das Skrutinium wird gleichzeitig mit den anderen im Laufe der Sitzung vorgenommen werden.

Es folgt nunmehr der Wahlgang zur Bestellung von vier Unterstaatssekretären im Wege der Verhältniswahl.

Auch diese Wahl erfolgt auf Grund von Parteilisten, und zwar sind mir zwei solche Parteilisten übermittelt worden, die eine vom Sozialdemokratischen Verband, enthaltend die Namen Otto Glöckel und Professor Dr. Julius Tandler, die zweite von der Christlichsozialen Vereinigung, lautend auf Wilhelm Miklas und Dr. Josef Reisch.

Auch bei dieser Abstimmung hat jeder Abgeordnete den mit seinem Namen versehenen Stimmzettel durch den Vermerk „Sozialdemokratische Liste“ oder „Christlichsoziale Liste“ zu ergänzen, je nachdem er für die Kandidaten der einen oder der anderen Partei stimmen will.

Ich ersuche die Herren Beamten, mit der Einforderung der Stimmzettel zu beginnen.

*(Nach Einsammlung der Stimmzettel:)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Zur Vornahme des Skrutiniums werde ich die Sitzung unterbrechen. Ich ersuche die Schriftführer, dem Skrutinium zu assistieren. Überdies ist jede Gruppe des Hauses, die eine Wahlliste eingereicht hat, eingeladen, sich durch einen Vertrauensmann an dem Skrutinium zu beteiligen. Es erfolgt in der Kanzlei des Hauses.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 3 Uhr 55 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 4 Uhr 15 Minuten:)*

**Präsident:** Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Teilvorschlag des Hauptausschusses, betreffend die Wahl der Herren Dr. Richard Reisch und Dr. Karl Pesta zu Staatssekretären, bekannt. Mit „Ja“ haben gestimmt 137 Abgeordnete, mit „Nein“ kein Abgeordneter. Die Herren Dr. Reisch und Dr. Karl Pesta sind somit zu Staatssekretären gewählt.

*(Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten:)*

Adler, Aigner, Alina, Altenbacher, Angerer, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Birchbauer, Bosche, Brandl, Buchinger, Buresch, Clesin, Danne-



berg, Dannereeder, Dengg, Derfch, Deutsch, Diwald, Domes, Ebner, Edlinger, Egger, Eisenhut, Eisler, Ederfch, Ellenbogen, Fink, Fischer, Födermayr, Fohringer, Forstner, Frankenger, Freundlich, Friedmann, Gabriel, Geisler, Geßl, Gimpl, Glöckel, Goldemund, Grahamer, Grim, Gröger, Größbauer, Gürtler Johann, Hajner, Hanusch, Hartmann Josef, Haueis, Hauser, Heint, Hermann Hermann, Hermann Matthias, Höchtl, Hohenberg, Hölzl, Hollersbacher, Hosh, Huber, Hubmann, Hueber, Jdl, Jutz, Alexmayr, Klug, Kocher, Kollmann, Kraft, Kröchl, Kunschak, Lenz, Leuthner, Lieschnegg, Littenberger, Maier, Mataja, Mayer Josef, Mayr Michael, Meißner, Miklas, Muchitsch, Mühlberger, Niedrist, Partik, Paulitsch, Pauly, Pick, Pischitz, Polke, Rauscha, Regner, Renner, Resch, Rieger, Scharfegger, Scheibin, Schiegl, Schlager, Schlesinger, Schneidmadl, Schöckner, Schönbauer, Schönfeld, Schönsteiner, Schoiswohl, Seipel, Seitz, Skaret, Smitta, Spalowsky, Steinegger, Stika, Stocker, Stöckler, Thanner, Tomtschik, Traxler, Tuller, Tusch, Ulrich, Vogl, Wagner, Waiz, Weber, Weigl, Weiser, Weiskirchner, Weiß, Wiedenhofer, Wiesmaier, Wimmer, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger.)

Es hat dann das Skrutinium stattgefunden über die Wahl von neun Staatssekretären. Ich werde das Protokoll verlesen (liest):

„Protokoll über die in der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 7. Juli 1920 vorgenommene Wahl von neun Staatssekretären.

Zahl der abgegebenen Stimmen: 127.

Ermittlung der Wahlzahl.

(§ 34 der Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung.)

	Soz. Dem.	Christ. Soz.	Großdeutsche
Parteizumme je	59	50	18
die Hälfte "	29	25	9
das Drittel "	19	16	6
das Viertel "	14	12	4

Da 9 Stellen zu besetzen sind, ist die Wahlzahl die neungrößte Zahl der angeschriebenen Zahlen, somit: 12.

Da von den namhaft gemachten Kandidaten jeder Partei so viele gewählt sind, als die Wahlzahl in der Parteizumme enthalten ist, so entfallen auf

den Sozialdemokratischen Verband	4 Gewählte
die Christlichsoziale Vereinigung	4 "
die Großdeutsche Vereinigung	1 Gewählter.

Nach den angemeldeten Parteilisten sind somit folgende Herren zu Staatssekretären gewählt:

Ferdinand Hanusch,  
Dr. Karl Renner,

Dr. Julius Deutsch,  
Dr. Wilhelm Ellenbogen,  
Dr. Michael Mayr,  
Walter Breisky,  
Moiß Haueis,  
Eduard Heint,  
Dr. Julius Roller."

Das Protokoll ist entsprechend gezeichnet.

(Für die Sozialdemokratische Liste stimmten die Abgeordneten:

Abler, Allina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Bosche, Danneberg, Dannereeder, Domes, Ebner, Eisler, Ederfch, Fohringer, Forstner, Freundlich, Gabriel, Geßl, Gröger, Hajner, Hartmann Josef, Hermann Hermann, Hermann Matthias, Hohenberg, Hölzl, Hubmann, Hueber, Jdl, Lenz, Leuthner, Meißner, Muchitsch, Mühlberger, Pick, Polke, Rauscha, Regner, Rieger, Scheibin, Schiegl, Schlager, Schlesinger, Schneidmadl, Schönfeld, Seitz, Skaret, Smitta, Stika, Tomtschik, Tuller, Tusch, Ulrich, Vogl, Weber, Weiser, Wiedenhofer, Witternigg, Witzany, Zelenka, Zwanzger;

für die Christlichsoziale Liste stimmten die Abgeordneten:

Aligner, Brandl, Buchinger, Buresch, Derfch, Diwald, Edlinger, Eisenhut, Fink, Fischer, Födermayr, Frankenger, Geisler, Gimpl, Goldemund, Grim, Gürtler Johann, Hauser, Höchtl, Hollersbacher, Hosh, Huber, Jutz, Alexmayr, Klug, Kocher, Kollmann, Kunschak, Lieschnegg, Littenberger, Maier, Mataja, Niedrist, Partik, Paulitsch, Pischitz, Scharfegger, Schönsteiner, Schoiswohl, Seipel, Spalowsky, Steinegger, Stöckler, Traxler, Wagner, Waiz, Weigl, Weiskirchner, Weiß, Wiesmaier;

für die Großdeutsche Liste stimmten die Abgeordneten:

Altenbacher, Angerer, Birchbauer, Glessin, Dengg, Egger, Grahamer, Größbauer, Kraft, Kröchl, Mayer Josef, Schöckner, Schönbauer, Schürff, Stocker, Thanner, Waber, Wimmer.)

Ferner (liest):

„Protokoll über die in der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 7. Juli 1920 vorgenommene Wahl von vier Unterstaatssekretären.

Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 109, 13 ungültig.

Ermittlung der Wahlzahl.

(§ 34 der Wahlordnung für die Konstituierende Nationalversammlung.)

	Sozialdemokraten	Christlichsoziale
Parteizumme je	59	50
die Hälfte je	29.5	25



Da 4 Stellen zu besetzen sind, ist die Wahlzahl die viertgrößte Zahl der angeschriebenen Zahlen, somit: 25.

Da von den namhaft gemachten Kandidaten jeder Partei so viele gewählt sind, als die Wahlzahl in der Parteisumme enthalten ist, so entfallen auf

den Sozialdemokratischen Verband 2 Gewählte,

die Christlichsoziale Vereinigung 2 Gewählte.

Nach den angemeldeten Parteilisten sind somit folgende Herren zu Unterstaatssekretären gewählt:

Otto Glöckel,  
Dr. Julius Tandler,  
Wilhelm Miklas,  
Dr. Josef Resch."

Auch dieses Protokoll ist entsprechend gezeichnet.

*(Für die sozialdemokratische Liste stimmten die Abgeordneten:*

Adler, Allina, Austerlitz, Bauer Alois, Bauer Otto, Bosche, Danneberg, Dannereder, Domes, Ebner, Eisler, Elbersch, Fohringer, Forstner, Freundlich, Gabriel, Geßl, Gröger, Hafner, Hartmann Josef, Hermann Hermann, Hermann Matthias, Hohenberg, Högl, Hubmann, Hueber, Jöl, Lenz, Leuthner, Meißner, Muchitsch, Mühlsberger, Pick, Polke, Rauscha, Regner, Rieger, Scheibin, Schiegl, Schlager, Schlesinger, Schneidmahl, Schönfeld, Seitz, Skaret, Smitska, Stika, Tomischik, Tuller, Tusch, Ulrich, Vogl, Weber, Weiser, Wiedenhofer, Witternigg, Wihany, Zelenka, Zwanzger;

*für die christlichsoziale Liste stimmten die Abgeordneten:*

Aigner, Brandl, Buchinger, Buresch, Dersch, Diwald, Edlinger, Eisenhut, Fink, Fischer, Fördermayr, Frankenberger, Geisler, Gimpl, Goldmund, Grim, Gärtler Johann, Hauser, Höchtl, Hollersbacher, Horsch, Huber, Juch, Klemmayer, Klug, Kocher, Kollmann, Kunscha, Lieschnegg, Luttenberger, Maier, Mataja, Niedrist, Partik, Paulitsch, Pischik, Scharfegger, Schönsteiner, Schoiswohl, Seipel, Spalowsky, Steinegger, Stöckler, Tragler, Wagner, Wais, Weigl, Weiskirchner, Weiß, Wiesmaier.

*Ungültig waren die Stimmzettel der Abgeordneten:*

Altenbacher, Angerer, Gleiss, Größbauer, Kraft, Krözl, Schöckner, Schönbauer, Schürff, Stocker, Thanner, Waber, Wimmer.)

Ich richte nunmehr an die neugewählten Mitglieder des Kabinetts die Anfrage, ob sie die auf sie gefallene Wahl annehmen.

*(Auf Befragen des Präsidenten erklären die neugewählten Mitglieder des Kabinetts, die Staatssekretäre Hanusch, Dr. Renner, Dr. Deutsch, Dr. Ellenbogen, Dr. Mayr, Breisky, Haueis, Heindl, Dr. Roller, Dr. Reisch, Dr. Pesta, sowie die Unterstaatssekretäre Glöckel, Dr. Tandler, Miklas, Dr. Resch, die auf sie gefallene Wahl anzunehmen.)*

Nach Artikel VI des Gesetzes vom 6. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 283, tritt das neugewählte Kabinett sofort unter Vorsitz des Präsidenten der Nationalversammlung zur Verteilung der Ressorts zusammen.

Zu diesem Zwecke werde ich die Sitzung unterbrechen. Ich ersuche die Mitglieder der Staatsregierung, sich im Salon des Präsidenten zu versammeln.

Ferner ersuche ich die Mitglieder des Hauptausschusses, sich im Salon des Hauptausschusses zu versammeln. Dort wird zunächst vor dem versammelten Hauptausschusse die Angelobung des Vorsitzenden im Kabinett erfolgen.

Ich unterbreche die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5 Uhr nachmittags:)*

Hohes Haus! Das Kabinett hat sich gemäß Artikel VI des Gesetzes vom 6. Juli 1920 unter meinem Voritze versammelt und die Funktionen im Sinne der bezogenen Gesetzesstelle verteilt.

Es wurde mit dem Voritze im Kabinett und mit der Leitung der Staatskanzlei betraut Staatssekretär Dr. Mayr, der als Staatssekretär ohne Portefeuille mit den vorbereitenden Arbeiten für die Verfassungs- und Verwaltungsreform betraut ist.

Zum Stellvertreter im Voritze im Kabinett und in der Leitung der Staatskanzlei wurde bestimmt: Staatssekretär Hanusch.

Staatsamt für Inneres und Unterricht: Staatssekretär Breisky.

Zur Führung des Unterrichtsamtes wurde Unterstaatssekretär Glöckel, zur Führung des Kultusamtes Unterstaatssekretär Miklas bestellt.

Staatsamt für Justiz: Staatssekretär Dr. Roller.

Staatsamt für Finanzen: Staatssekretär Dr. Reisch.

Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft: Staatssekretär Haueis.

Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten: Staatssekretär Heindl.



Staatsamt für soziale Verwaltung: Staatssekretär Hanusch.

Zur Mitarbeit in diesem Staatsamte wurde Unterstaatssekretär Dr. Resch und zur Führung der Abteilung für Volksgesundheit Unterstaatssekretär Dr. Tandler bestellt.

Staatssekretär für Äußeres: Staatssekretär Dr. Renner.

Staatsamt für Heereswesen: Staatssekretär Dr. Deutsch.

Das Staatsamt für Volksernährung bleibt derzeit unbesetzt.

Staatsamt für Verkehrswesen: Staatssekretär Dr. Pesta.

Dem Kabinett gehört Staatssekretär Dr. Ellenbogen schon in seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialisierungskommission an. Im Kabinett wurde ihm daher ein bestimmtes Ressort nicht zugewiesen.

Was das Staatsamt für Volksernährung anbelangt, so ist ja den Herren bekannt, daß Staatssekretär Dr. Loewenfeld-Ruß die Annahme einer Wahl davon abhängig gemacht hat, wie die Beschlussfassung des Hauses über das Gesetz, betreffend die Getreidebewirtschaftung, erfolgen werde. Er hat heute vormittags dem Hauptausschusse mitgeteilt, daß er nicht in der Lage wäre, einer Berufung zu folgen, und man hat daher von einem Vorschlag für seine Person abgesehen. Staatssekretär Doktor Loewenfeld-Ruß hat mir überdies vor einigen Minuten einen Brief übermittelt, in welchem er bittet, ihn auch von der vorläufigen Fortführung der Geschäfte des Staatsamtes zu entheben. Ich werde diesem Wunsche Rechnung tragen, sobald ich vom Kabinett einen Vorschlag, betreffend eine Persönlichkeit habe, die mit der Fortführung der laufenden Geschäfte betraut werden könnte.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Vorsitzende im Kabinett, Staatssekretär Dr. Mayr. Ich erteile ihm das Wort.

Vorsitzender im Kabinett, Staatssekretär Dr. Mayr: Hohe Nationalversammlung! Als Vorsitzender des neuen Kabinetts, welches eines politischen Kabinettschefs entbehrt, weder berufen noch befugt, eine Erklärung über politische Ziele und Absichten der gegenwärtigen Staatsregierung in der sonst üblichen Weise vor dem hohen Hause abzugeben, will ich mir doch gestatten, mit wenigen Worten den Charakter und die wichtigsten Aufgaben dieses Kabinetts wenigstens andeutend zu kennzeichnen.

Diese auf Grund des schon erwähnten Gesetzes über die Abkürzung der Gesetzgebungsperiode der Konstituierenden Nationalversammlung gebildete

Regierung ist ihrem Charakter und ihrem Wesen nach eine unpolitische Übergangsregierung von zeitlich genau beschränkter Dauer. Sie muß daher von vornherein darauf verzichten, ein selbständiges politisches Programm zu entwickeln und durchzuführen. Ihre Aufgaben sind formell und materiell eng umgrenzt und haben sich in erster Linie und vorwiegend nur auf die strenge Beobachtung und Durchführung der bestehenden Gesetze und die Wahrung der Gesetzmäßigkeit sowie der strengsten Objektivität der Verwaltung zu beschränken. In ihrer Hand wird auch die Durchführung friedlicher und reiner Wahlen für die neue Nationalversammlung liegen, eine Aufgabe, die wir mit Beobachtung der größten Unparteilichkeit zu lösen entschlossen sind. Ich hoffe zuversichtlich, daß dieses hohe Haus trotz seiner nur mehr auf wenige Monate beschränkten Lebensdauer in dieser Übergangszeit auch die großen Probleme der Vermögensabgabe und der damit unmittelbar zusammenhängenden Finanzgesetze sowie des politischen Neuaufbaues unserer demokratischen Republik durch die Schaffung der Bundesverfassung glücklich erledigen werde. Die Lösung insbesondere der letztgenannten Aufgabe wird nicht bloß ein bleibendes Ehrenkmal dieses hohen Hauses sein, sondern vor allem der Welt den Beweis erbringen, daß unser braves, bis zum Übermaße geprüftes Volk in Ruhe und Ordnung leben und am Wiederaufbau seines Volkstums und seiner Staatlichkeit arbeiten will. Zur Bewältigung dieser großen und schwierigen Arbeiten und auch jener Gesetze vorwiegend sozialer und wirtschaftlicher Natur, die nach dem Beschlusse des Hauptausschusses diese Nationalversammlung noch beschäftigen sollen, erbitten wir, im Bewußtsein der schweren Verantwortung, die uns aufgelastet ist, die Unterstützung des hohen Hauses. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zu einem formellen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet.

**Abgeordneter Forstner:** Ich beantrage, über die soeben vernommene Erklärung des Herrn Staatssekretärs Dr. Mayr die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Die Herren Abgeordneten haben diesen formellen Antrag gehört. Ich werde ihn zur Abstimmung bringen. Ich bitte jene Abgeordneten, welche für den Antrag sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Der Antrag ist angenommen.

Ich eröffne die Debatte. Wünscht jemand das Wort? *(Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Ich bitte ums Wort!)* Herr Abgeordneter Dr. Bauer!



Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Hohes Haus! Die Regierungserklärung, die wir soeben von dem Herrn Staatssekretär Dr. Mayr gehört haben, ist kein Regierungsprogramm und die Regierung, die sich uns soeben vorgestellt hat, ist im Grunde genommen keine Regierung. Sie ist eine Summe von Staatssekretären, von denen jeder nur von seiner Partei gewählt ist und nur das Vertrauen seiner Partei genießt. Es fehlt ihr das, was doch wohl für jede Regierung sonst ein wesentliches und unerlässliches Merkmal ist, nämlich, daß sie eine Einheit, der Repräsentant eines einheitlichen Willens nach außen und innerhalb des Staates ist.

Hohes Haus! Wenn unsere beinahe vierwöchige Regierungskrise mit einem solchen Ergebnis geendet hat, so ist das keine vereinzelte, keine auf Deutschösterreich beschränkte Erscheinung. Wir haben in der letzten Zeit im Deutschen Reiche, in Italien, in der Tschecho-Slowakei, ja selbst, wenngleich vielleicht unter etwas anderen Verhältnissen, auf einer vielleicht etwas niedrigeren Entwicklungsstufe, in Jugoslawien und in Polen Regierungskrisen gesehen, die gezeigt haben, daß die Bildung einer dauerhaften, einheitlichen, mit der notwendigen Autorität und Macht ausgestatteten Regierung in ganz Mitteleuropa zu einem unlösbaren Problem geworden ist. Ist diese Erscheinung so allgemein, so können wir sie offenbar nicht erklären, wie sie die Oberflächlichkeit eines Teiles unserer öffentlichen Meinung zu erklären versucht, aus Winkeltzügen der Parteien, aus irgendwelcher Couloirpolitik, sondern wir können sie nur verstehen aus dem Entwicklungsgrade, den die Klassengegenätze und Klassenkämpfe in ganz Mitteleuropa seit der Revolution erreicht haben. (Zustimmung.) Die Arbeiterklasse ist in ganz Mitteleuropa zu stark geworden, als daß die Bourgeoisie noch imstande wäre, sie zu beherrschen. Aber auf der anderen Seite ist — darüber geben wir uns keiner Täuschung hin — die Arbeiterklasse teils infolge der Gestaltung der Klassenverhältnisse in Mitteleuropa selbst und zum anderen Teile infolge der Abhängigkeit Mitteleuropas von den weltbeherrschenden Westmächten, bei denen die Herrschaft des Kapitals und der Bourgeoisie noch aufrecht steht, nicht stark genug, allein zu herrschen, allein die Regierung zu übernehmen. Daraus gehen letzten Grundes die Schwierigkeiten hervor, die es in ganz Mitteleuropa unmöglich machen, wirkliche Regierungen zu bilden.

Bis in die letzten Jahre waren nach unserer sozialdemokratischen Auffassung alle Regierungen nichts anderes als Exekutivorgane der besitzenden Klassen zur Niederhaltung der besitzlosen Klassen. (Zustimmung.) Solche Regierungen sind nicht mehr möglich. Wir Sozialdemokraten hoffen, daß die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo überall andere Regierungen möglich sein werden, Regierungen, die

nichts anderes mehr sein werden und sein sollen, als Exekutivorgane der besitzlosen Klassen zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, zur Überwindung aller Formen der kapitalistischen Ausbeutung. (Zustimmung.) Aber so wie wir erkennen, daß die Regierungen des Typus der Vergangenheit, die Exekutivorgane der besitzenden Klassen, nicht mehr möglich sind, so geben wir uns keiner Täuschung darüber hin, daß die Regierungen des Typus der Zukunft, die Exekutivorgane der besitzlosen Klassen, noch nicht möglich sind, und daraus, weil die einen nicht mehr und die anderen noch nicht möglich sind, geht eben die Unmöglichkeit hervor, wirkliche Regierungen zu bilden, wie das die Geschichte der vierwöchigen Krise, die eben erst abgeschlossen ist, anschaulich genug gezeigt hat. So bleibt nichts anderes übrig, als sich mit Notbehelfen weiter zu behelfen, mit Regierungen ohne Einheitlichkeit, mit Regierungen ohne wirkliche Kraft, die nicht mehr zu leisten vermögen als eben schlecht und recht die Geschäfte zu führen, so lange, bis die Geschichte selbst der einen oder der anderen Klasse die Macht gegeben hat, eine wirkliche Regierung zu bilden.

Ein solcher Notbehelf war nach unserer Auffassung, hohes Haus, schon die Koalitionsregierung. Wir haben auch sie nicht für etwas anderes gehalten und haben uns nie darüber getäuscht, daß eine solche Verbindung der Sozialdemokratie mit einer bürgerlichen Partei ein sehr schwaches und kurzfristiges Gebilde ist, das jeden Tag durch die Klassengegenätze in seinem Schoße gesprengt werden kann. Trotzdem sind wir heute überzeugt, wie wir es waren, daß die Koalition eine zeitweilige Notwendigkeit war, und wir glauben auch heute, daß der Historiker unserer Tage dereinst verzeichnen wird, daß sie eine sehr bedeutende geschichtliche Leistung vollbracht hat. Aber in den letzten Monaten haben wir gesehen, wie die Schwierigkeiten der Koalitionsregierung immer größer wurden, bis sie schließlich unüberwindlich geworden sind. Das lag zum Teil sicherlich daran, daß Fragen aufgetaucht sind, an denen sich die Klassengegenätze immer schroffer entwickelt haben. Ich erinnere an die Frage der Vermögensabgabe, wo die Gegenätze zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen besonders scharf zum Ausdruck kommen mußten, ich erinnere an die Verfassungsfrage, die ja alle Machtfragen zwischen den Parteien aufgeworfen hat, ich erinnere an die Frage der Wehrverfassung, in der unüberwindliche Gegenätze sich gegenüberstanden, in der der Streit entschieden werden sollte, ob unsere Armee ein Instrument einer privilegierten Kaste von Berufsoffizieren oder ob sie ein wirklich demokratisches, auf die Achtung der Persönlichkeit jedes einzelnen Wehrmannes gegründetes Instrument der Republik sein soll, ich erinnere an die Schulfrage, in der wir uns keiner Täuschung darüber hingeben



konnten, daß der Streit zwischen klerikaler und demokratischer Schule unversöhnlich ist, ich erinnere an die Frage, die uns gestern beschäftigt hat, an die Frage der Brotbewirtschaftung, wo schroffer als seit langem die Gegensätze zwischen kapitalistischer Profitwirtschaft und genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft aufeinander gestoßen sind. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! In allen diesen Fragen sind die Gegensätze zwischen den der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, koalitierten Parteien immer größer geworden und haben das Leben der Koalition in Frage gestellt. Aber ich gebe ohne weiteres zu, hohes Haus, daß, wenn die Koalition früher, als wir glaubten, ihr Ende gefunden hat, das nicht allein und vielleicht nicht so sehr auf diese sachlichen Gegensätze zurückzuführen ist, als auf die Haltung, die die christlichsoziale Partei im Grunde genommen vom Anfang an, aber sich steigend bis zum Schlusse in den letzten Monaten zur Koalitionsregierung eingenommen hat. Hohes Haus! Die christlichsoziale Partei hat an der Koalitionsregierung als ein Partner mit gleichen Rechten teilgenommen und sie hat die Politik der Koalitionsregierung, ihre legislative und ihre administrative Tätigkeit überall mächtig beeinflusst, sowohl in der Richtung, was die Koalitionsregierung getan, als insbesondere in der Richtung, was die Koalitionsregierung unterlassen hat. *(Sehr richtig!)*

Hohes Haus! Ich möchte nur an einiges aus der Vergangenheit erinnern. Ganz andeutungsweise erinnere ich beispielsweise an den Widerstand, der von christlichsozialer Seite gekommen ist, vielleicht nicht so sehr von Partei wegen als von vielen Gruppen gegen den ganzen Kurs unserer auswärtigen Politik zur Zeit, als wir um den Anschluß an Deutschland kämpften. *(Sehr richtig!)* Ich erinnere daran, wie die christlichsoziale Partei unsere Bemühungen um die Sozialisierung der größten Produktivkräfte unseres Landes, unserer größten Naturschätze sabotiert und dadurch es möglich gemacht hat, daß diese Naturschätze schließlich in die Hände des ausländischen Kapitals gekommen sind. Ich erinnere an die Kämpfe um die Vermögensabgabe, ich könnte an viele kleinere Fragen ebenso gut erinnern. Die christlichsoziale Partei war stark in der Regierung, stark genug, um diese Regierung zu hindern, nach sozialdemokratischen Grundsätzen zu regieren. Trotzdem hat dieselbe christlichsoziale Partei draußen in der Öffentlichkeit diese Regierung, die infolge ihrer Haltung nicht sozialdemokratisch regieren konnte, fortwährend als eine rein sozialdemokratische Regierung hingestellt, alle Verantwortung für sie der Sozialdemokratie zugeschoben und die Verantwortung für sich abgelehnt. Die christlichsoziale Partei hat es versucht, gleichzeitig die Vorteile sowohl der Regierung als der Oppositionspartei zu genießen. Und

ich gestehe, daß diese Haltung der christlichsozialen Partei es vor allem gewesen ist, die in den Massen, die unsere Wähler sind und deren Exekutivorgane wir sind, eine solche Mißstimmung, eine solche Erbitterung gegen das System der Koalition hervorgerufen hat, daß gerade deshalb die Koalition an einem vergleichsweise weniger bedeutenden Anlaß scheitern mußte.

Hohes Haus! Es kam nun zur Krise und es war nach unserer Meinung im Grunde genommen eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, daß die Parteien, die bei dem entscheidenden Anlasse, der zum Zusammenbruch der Koalitionsregierung geführt hat, Hand in Hand vorgegangen waren, daß die christlichsoziale und die großdeutsche Partei miteinander eine Regierung bilden sollen. Die bürgerliche Koalition, die Koalition der beiden bürgerlichen Parteien haben wir ja hundertmal am Werk gesehen. Wir haben sie am Werk gesehen bei der Vermögensabgabe, bei der Verfassungs-, bei der Wehrfrage. Ich brauche bloß an den gestrigen Tag wieder zu erinnern. Wir haben sie am Werk gesehen auch gestern wieder, wo sie gegen uns geeinigt waren und gegen uns durch ihre Mehrheit entschieden haben, daß also fortan nicht mehr die staatliche Getreideverkehrsanstalt, sondern die Getreidebörse den Getreideverkehr regeln soll. *(Lebhaftes Zustimmung.)* Und daß fortan nicht mehr die landwirtschaftlichen Genossenschaften, sondern die Getreidehändler das Organ der Aufbringung sein sollen.

Hohes Haus! Wir haben Ihnen immer wieder die Pflicht zur Regierungsbildung vor Augen geführt, haben Sie immer wieder aufgefordert, die rein bürgerliche Regierung zu bilden und das Land von dem nach Ihrer täglichen Versicherung so schlechten, so verhängnisvollen Einfluß der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zu befreien. Sie haben es nicht getan, meine Herren. Sie haben es nicht getan, weil — darüber täuschen wir uns ja nicht — Sie sich selbst sehr genau dessen bewußt sind, daß Sie nicht imstande sind, ohne die Mitwirkung der Sozialdemokratie und gegen die Sozialdemokratie zu regieren.

Und so, hohes Haus, schien zunächst, und das ist der Grund der langen Dauer der Krise gewesen, überhaupt keine Regierungsbildung möglich. Die bürgerliche Mehrheit wollte die Regierung nicht übernehmen, die Sozialdemokratie, die eine Minderheit im Hause ist, konnte sie nicht übernehmen, und eine Koalition war nach alledem, was wir in den letzten Monaten erlebt hatten, selbstverständlich ausgeschlossen.

So mußte man zu einem Notbehelf kommen, dem Notbehelf des Proporzkabinetts, für so lange, bis die Wähler selbst zwischen uns entscheiden können.



Hohes Haus! Die Regierung ist auf Grund des Verhältniswahlrechtes gewählt worden und das Verhältniswahlrecht hat zur Folge, daß sich jede Partei die Staatssekretäre gefallen lassen muß, die die andere Partei in die Regierung hineinschickt. Wir begreifen es vollkommen und wissen es zu würdigen, daß die Herren, die wir in die Regierung hineingeschickt haben, Ihnen nicht gefallen. Wir wissen sehr genau, daß Sie nicht besonders viel Anerkennung für meinen Freund Deutsch oder für meinen Freund Glöckel haben, daß sogar der bedeutende Gelehrte, den wir zur Leitung des Volksgesundheitsamtes ausersehen haben, Ihnen nicht sympathisch ist. Wir wissen das. Wir können Sie der Gegenseitigkeit versichern, meine Herren! *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich möchte insbesondere auf eines aufmerksam machen. Ich erinnere mich an eine frühere Regierungsbildung nach dem System der Koalition. Da ist uns vorgeschlagen worden, dem Herrn Abgeordneten Heintl das Staatsamt für Handel, Gewerbe und Industrie anzuvertrauen. Wir haben das damals abgelehnt und haben damals sehr entschieden und sehr nachdrücklich erklärt, daß wir nicht in der Lage sind, den Herrn Abgeordneten Heintl zum Staatssekretär für Handel zu wählen. Meine Herren, damals konnten wir uns helfen. *(Heiterkeit.)* Heute nicht. Nach dem Proportionalwahlrecht können wir Sie nicht hindern, den Herrn Abgeordneten Heintl zum Handelsminister zu wählen. *(Erneute Heiterkeit.)* Aber, meine Herren, ich lege sehr viel Wert darauf und aus sehr starken Gründen Wert darauf, hier zu sagen, daß wir jede Verantwortung für diese Wahl ganz insbesondere ablehnen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das Staatsamt für Handel, Gewerbe und Industrie ist in dieser Zeit ein Amt von ganz besonderer Bedeutung. Es handelt sich um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, um den Wiederaufbau unserer Industrie, der eine unserer wichtigsten Aufgaben ist. Es handelt sich gerade jetzt um eine besondere Fürsorge für die Industrie, in einem Augenblick, wo ein großer Teil unserer Industrie vor einer schweren Krise und damit ein großer Teil unserer industriellen Arbeiterschaft von schwerer Arbeitslosigkeit bedroht ist, und, meine Herren, wir gestehen Ihnen ganz offen, daß wir nur mit größtem Mißtrauen einen Mann von den Qualitäten des Herrn Abgeordneten Heintl, die ja in allen Kreisen, die sich für solche Dinge interessieren, hinreichend bekannt sind, in dieses Staatsamt einziehen sehen. Es wird sich daraus, meine Herren, unsere Stellung dieser Regierung gegenüber ohne weiteres erklären.

Hohes Haus! Wir haben zugestimmt, an der Bildung dieser Übergangsregierung mitzuwirken, weil schließlich in irgend einer Form die Krise gelöst werden mußte, aber wir wahren uns dieser Regierung gegenüber vollständig freie Hand. Die

Regierung Mayr ist nicht unsere Regierung. Wir haben das vollste Vertrauen zu unseren Parteinossen, die wir in die Regierung geschickt haben, der Regierung selbst gegenüber wahren wir unsere volle Freiheit und werden unser Verhalten bei den einzelnen Abstimmungen und unser Verhalten den einzelnen Staatssekretären gegenüber eben von den Handlungen dieser Regierung abhängig machen.

Im übrigen aber, hohes Haus, meinen wir, daß das ein Übergang für eine ganz kurze Zeit ist. Glücklicherweise ist das Gesetz über die Ausschreibung der Wahlen schon geborgen, und wir glauben, daß nun in den Wahlen die Entscheidung, die Entscheidung über eine wirkliche definitive Regierung bei der Masse der Wählerschaft, beim Volke selbst liegt. *(Zustimmung.)* Wir hoffen, daß das Volk selbst darüber entscheiden wird, wie künftighin dieser Staat regiert werden soll: ob er regiert werden soll kapitalistisch oder proletarisch, ob er regiert werden soll clerikal oder demokratisch, ob er regiert werden soll im Geiste der Sehnsucht nach der Wiederkehr der Zeiten der Monarchie oder mit dem festen Willen zur Befestigung und zum Ausbaue der Republik. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Seipel.

Abgeordneter Dr. Seipel: Hohes Haus! Der Gegensatz, der trotz aller Koalition die beiden Parteien von einander getrennt hat, die solange miteinander in der Koalition lebten, ist uns Christlichsozialen vielleicht nie deutlicher zu Bewußtsein gebracht worden, als durch die Worte meines Vorredners. *(Sehr richtig!)* Der Unterschied zwischen einer Volkspartei, welche sich die Demokratie so vorstellt, daß in ihr alle Schichten und Klassen des Volkes den ihnen gebührenden Anteil an der öffentlichen Gewalt haben, und die Auffassung der Demokratie, wie wir sie jetzt gehört haben, daß nur eine Klasse allein die Gewalt haben soll, zeigt die wesentliche Differenz zwischen diesen beiden Parteien. *(Beifall.)* Freilich, hohes Haus, mein Vorredner hat ja nicht behauptet, daß jetzt schon die Zeit dafür gekommen sei, daß jene Regierung bei uns eingesetzt werde, wie er sie sich wünscht und wie seine Partei sie sich vorstellt. Aber er hat uns prophezeit, daß die Zeit, in der seine Ideale in der Regierung des Staates verwirklicht werden können, doch verhältnismäßig bald herankommen werde. Wir wollen ihm nicht auf dieses Gebiet des Prophezeiendens folgen, sondern wir wollen es unserem Volke überlassen, bei der nächsten Wahl und vielleicht noch bei manchen anderen, die später kommen werden, uns zu sagen, daß doch das ganze Volk mit allen seinen Schichten, die nicht einfach hinweg-



gelegt, abgelöst werden können vom Proletariat allein, daß dieses ganze Volk in unserem Staate einen Anteil an der öffentlichen Gewalt ausüben soll.

Hohes Haus! Als am 11. des vorigen Monats die Koalitionsregierung ihre Demission gegeben hat, da ist es deswegen geschehen, weil die Grundlagen, auf denen diese Regierung aufgebaut war, hinweggefallen waren, weil die Koalition nicht mehr bestand und die Grundlage dieser Koalition, die trotz des Gegensatzes der Parteien doch ein gewisses Maß von Vertrauen war. Wir haben seinerzeit, als hier das Wehrgesetz angenommen wurde, darauf hingewiesen, daß wir einen Vorschuß an Vertrauen leisteten. Nach unserer Überzeugung ist dieses Vertrauen schmächtig mißbraucht worden. *(Beifall und Händeklatschen.)* Wir verurteilen, meine sehr geehrten Frauen und Herren, am heutigen Tage, an dem wir mit den anderen Parteien wieder zusammenwirken, um unserem Staate eine Regierung zu geben, das Vorgehen des Staatssekretärs Dr. Deutsch genau so entschieden, wie es in diesem Hause verurteilt worden ist an jenem denkwürdigen Donnerstag im Juni, an dem die Koalition in Brüche ging. *(Zustimmung.)* Es hat mein Vorredner darauf hingewiesen, daß es im Wesen einer Regierung, die auf dem Proporzsystem aufgebaut ist, liegt, daß die Parteien, die an der Bildung einer solchen Regierung beteiligt sind, nur zu demjenigen Vertrauen zu haben brauchen, die sie selber hineinschicken, allein oder gemeinsam mit anderen, wie wir es bei zwei Regierungsmitgliedern aus dem Beamtenstande heute getan haben. Es hat mein Vorredner einem von den neuen Regierungsmitgliedern, die wir in das Kabinett entsendet haben, ein besonderes Mißtrauen seiner Partei ausgesprochen. Ich will nicht die Liste der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder durchgehen, um von einem jeden einzelnen zu sagen, was wir von ihm halten oder wessen wir uns von ihm gewärtigen. Auf eines muß ich aber hinweisen. Wir haben in diese neue Regierung nicht mehr einen Unterstaatssekretär für das Heereswesen entsendet. Daß wir das nicht getan haben, geht nicht allein darauf zurück, daß uns daran gelegen war, die Zahl der Mitglieder des Kabinetts nach Möglichkeit zu vermindern, denn diese Absicht allein konnte uns ja nicht bestimmen, auf Stellen in der Regierung zu verzichten, die sonst von Wert gewesen wären. Aber, hohes Haus, es sollte nicht dadurch, daß einer der Unsrigen an zweiter Stelle in diesem Staatsamt waltete, der Schein erweckt werden, als ob wir irgendeinen Anteil an Verantwortung für das auf uns nehmen könnten, was unter der Oberleitung des Dr. Deutsch geschieht. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Hohes Haus! Schon wenige Tage nachdem die Koalition zerbrochen und die Koalitionsregierung

in Demission gegangen war, hat sich bei den ersten Parteienbesprechungen herausgestellt, daß in diesem Hause eine dauernde Regierung nicht werde ausgerichtet werden können. Es war daher ein ganz folgerichtiger Beschluß, an dem wir uns gern beteiligt haben, daß diesem Hause sein Ende bestimmt wurde und daß bestimmt wurde, es könne in diesem Hause nur mehr eine Übergangsregierung bestellt werden. Wir haben uns nicht gescheut, unsererseits einen Vorschlag zu machen, wie eine solche Übergangsregierung gebildet werden sollte. Wir waren der Meinung, daß in dem Augenblicke, da die Parteien des Hauses nicht imstande waren, im Einvernehmen miteinander aus sich eine Regierung zu bilden, es am besten gewesen wäre, wenn sie sich alle aus der Regierung zurückgezogen hätten und wenn man für die Übergangszeit ein Kabinett von unparteiischen Fachmännern eingesetzt hätte. *(Zustimmung.)* Unser Vorschlag konnte nicht durchgeführt werden, weil er am Widerspruch der stärksten Partei dieses Hauses, welche nach wie vor die Sozialdemokraten sind, scheiterte. Aber wir halten auch heute noch diesen Vorschlag für die einzig richtige und einzig würdige Lösung der gegenwärtigen Regierungskrise. Der Grund, der uns gesagt wurde, warum man ein solches unparteiisches Fachmännerkabinett, eine neutrale Regierung, wie wir uns auszudrücken pflegten, nicht bilden könne, war der, daß es nach Auffassung der Sozialdemokraten keine neutralen, das heißt keine unparteiischen Beamten geben könne. *(Hört! Hört!)* Wir sind anderer Meinung. Wir haben das Vertrauen zu denjenigen, welche von verschiedenen Parteien gleichzeitig berufen werden, daß sie der Verpflichtungen eingedenk zu bleiben wüßten, die sie allen diesen Parteien gegenüber auf sich nehmen, indem sie einer solchen Berufung Folge leisten.

Es ist, wie gesagt, nicht möglich gewesen, diesen Plan durchzuführen, und es wurde uns dann ein anderer Plan vorgelegt, der Plan, eine Proporzregierung zu bilden. Denn die Idee, die in der Zwischenzeit aufgetaucht ist, daß man die Regierung, die im Stande der Demission war, einfach stillschweigend bis über die Neuwahlen hinüber die Geschäfte des Staates hätte führen lassen sollen, diese Idee mußten wir, ich möchte sagen, aus Gründen der Moral ablehnen. Es ging unseres Erachtens nicht an, auch nur den Schein auf uns zu nehmen, als ob solche Konflikte, wie sie hier im Hause anläßlich des Erlasses über die Soldatenräte zum Ausbruch gekommen sind, nur für außenhin gemacht wären, während hinter den Mauern der Regierungsräume und in den Beratungszimmern der Parteien alles so fortgehen könnte, als wäre nichts geschehen. *(Zustimmung.)*

Wir kommen nun zum System der Proporzregierung. Ich stelle fest, daß der Vorschlag, dieses



System auf unsere Verhältnisse anzuwenden, nicht von uns stammt, sondern von der sozialdemokratischen Gegenseite. Wir lehnen daher jede Verantwortung für dieses System ab. Wir gehen nur noch einen Schritt weiter als mein Herr Vorredner: Wir lehnen nicht nur die Verantwortung ab für die Regierungsmitglieder, die die anderen Parteien in das Proporz-kabinett hineinsenden, sondern auch für diese Idee und dieses System selbst. Aber wir haben nicht einen Augenblick geaudert, diesen Ausweg zu beschreiten; denn in der ganzen Zeit, seitdem es dieses Haus gibt, war kein Tag, an dem wir uns nicht unserer Verpflichtung bewußt gewesen wären, entsprechend der Größe unserer Vereinigung hier im Hause auch mitzuwirken an der Bildung einer Regierung für unseren Staat.

Und so haben wir dieses Proporz-kabinett gebildet. Es hat dieses Proporz-kabinett vor allem die Eigenschaft, daß es nicht eine selbständige Politik wird machen können. Es wird die Politik, die unter dem Namen dieses Kabinetts zu machen sein wird, eigentlich Aufgabe des Hauptausschusses sein. Wir sind auch bei den veränderten Verhältnissen zu jeder Mitwirkung in dieser Beziehung bereit, und wie immer unsere Stellung, die Stellung unserer Partei zu den einzelnen Mitgliedern der gegenwärtigen Proporzregierung sein mag, wenn diese Regierung oder die einzelnen Mitglieder mit irgendeinem Vorschlag oder einer Forderung kommen, die im Interesse des Staates gelegen sind, wollen wir es nicht daran fehlen lassen, daß für die Durchsetzung dieser Forderungen und Vorschläge die Wege in diesem Hause geebnet werden. (*Bravo!*) Das ist unsere Absicht bezüglich unserer künftigen Mitarbeit an der Führung der Geschäfte der Regierung und des Hauses im Hauptausschusse.

Eine Folge davon, daß wir nicht eine Regierung mit eigener Politik haben, eine Regierung, die voll den Namen der Regierung verdient, ist, daß es auch keinen Staatskanzler und keinen Vizekanzler in der Übergangszeit geben kann. Der Staatssekretär, der heute mit der Leitung der Staatskanzlei und mit dem Vorsitz in der Regierung betraut wurde, hat ganz richtig an die Spitze seiner Ausführungen in diesem Hause die Feststellung gesetzt, daß er nicht in der Lage, ja gar nicht befugt ist, eine Regierungserklärung abzugeben.

Hohes Haus! Es haben aber bei den Vereinbarungen, die der Bildung dieser Regierung vorausgegangen sind, nicht nur, wie es vielleicht in der Öffentlichkeit geglaubt werden könnte, Verhandlungen über die Personen stattgefunden, die in die Regierung hineinkommen sollen. Als uns der Vorschlag gemacht wurde, eine Proporzregierung zu bilden, haben wir diesen Vorschlag nur unter einer

Bedingung angenommen, und diese Bedingung lautete, daß zunächst ein Proporz der Ämter gefunden werden müsse und nicht nur ein Proporz der Personen. Der Grund aber, der uns dazu bewog, ist, daß während der Zeit der Koalitionsregierung immer in der Öffentlichkeit damit operiert wurde — und in den Worten meines Vorredners ist es heute noch einmal geschehen —, daß die Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten das gleiche Maß des Einflusses und damit das gleiche Maß der Verantwortung trügen.

Hohes Haus! Die öffentliche Meinung kann ich hier zum Richter aufrufen. Die öffentliche Meinung in unserem ganzen Staatswesen ist, daß der bestimmende Faktor während der ganzen Zeit der Koalition und der in erster Linie und in vielen Belangen allein verantwortliche die Sozialdemokratie war. (*Sehr richtig!*) Das hat seinen Grund darin gehabt, daß wir zwar ein fein ausbalanciertes Verhältnis hatten in bezug auf die Personen, die in der Regierung waren, aber nicht in bezug auf die Ämter. Alle politisch wichtigen Ämter sind in Ihrer Hand gewesen (*So ist es!*) und vor allem alle jene Ämter, welche auch über die Machtmittel des Staates verfügen. (*Sehr richtig!*) Das wird nun im Proporz-kabinett nicht mehr der Fall sein. Wir konnten nicht früher zu einer Lösung dieser Regierungskrise kommen, als nicht der Proporz der Ämter zugegeben worden war. Für uns hat er darin bestanden, daß der Staatssekretär des Innern auf unsere Liste gesetzt wurde. Es war uns nicht darum zu tun, irgendeinem von uns, der vielleicht ein geeigneter Anwärter für dieses Staatsamt gewesen wäre, ein Amt in der Regierung zuzuschänzen. Wir haben unsere Uneigennützigkeit und die Ehrlichkeit unserer Absicht, daß wir eigentlich ein Fachmännerkabinett haben wollten, dadurch bewiesen, daß wir einen Fachmann, der, wenn er auch auf unserer Proporzliste gewählt wird, wie ich fest überzeugt bin, durch seine ganze Amtsführung zeigen wird, daß es noch unparteiische Beamte in diesem Staate gibt, an die Spitze des Staatsamtes für Inneres gestellt. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Aber, hohes Haus, nicht nur nicht Personenfragen allein haben uns in diesen langen und mühsamen Tagen der Parteienverhandlungen beschäftigt, auch nicht nur die Fragen der Verteilung der Ämter, sondern es sind auch in bezug auf den Arbeitsplan für die Nationalversammlung in der Übergangszeit wichtige Vereinbarungen erzielt worden, Vereinbarungen, die, wie wir hoffen wollen, von allen Seiten ehrlich eingehalten werden.

Es hat sich dabei hauptsächlich um zwei Dinge gehandelt. Die wichtigen Grundlagen für den wirtschaftlichen und den politischen Wiederaufbau



unseres Staates sind von der gegenwärtigen Konstituierenden Nationalversammlung noch nicht geschaffen worden; sie sollen noch geschaffen werden. Es soll die Vermögensabgabe noch von diesem Hause beschlossen werden, rasch beschlossen werden. Wir haben das immer gewünscht und gefordert und wir wünschen es gerade im Interesse des Volkes. Diejenigen, die verpflichtet werden, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates aus ihrem Vermögen große Opfer zu bringen, sollen möglichst bald wissen, was von ihnen verlangt wird, damit sie dann auch möglichst bald mit denjenigen, was ihnen verbleibt, ernstlich daran gehen können, die Produktion, das Wirtschaftsleben im vollen Umfang der Möglichkeiten, die ihnen geboten werden, wieder in Gang zu bringen. *(Sehr richtig!)*

Aber, meine sehr verehrten Frauen und Herren, wir haben immer daran festgehalten, daß zwischen der Vermögensabgabe und der Hauptaufgabe unserer Konstituierenden Nationalversammlung, dem Werke der Verfassungsgebung, ein inniger Zusammenhang besteht. *(Sehr richtig!)* Ich stelle es hiemit fest, damit es aus der Heimlichkeit der Parteibesprechungen herauskomme, daß bei diesen Parteibesprechungen von uns jederzeit verlangt und von der anderen Seite zugestanden wurde, daß dieses Haus auch noch die Verfassung mache. Und gerade weil das so geschehen ist, können wir in bezug auf den Termin dieser Arbeiten den Schranken, die uns allen gezogen sind, Rechnung tragen, können wir die Vermögensabgabe jetzt noch vor der Sommerpause dieses Hauses erledigen, natürlich vorausgesetzt, daß in den sachlichen Belangen eine Übereinstimmung unter den Parteien erzielbar ist oder wenigstens eine Majorität in diesem Hause sich bilden wird. Wir können das tun, weil wir die Zusicherung haben, daß unbeschadet dessen, daß die Vermögensabgabe vielleicht um einige Wochen früher Gesetzeskraft erlangen wird, dennoch dieses Haus nicht auseinandergehen wird, ohne auch wenigstens die Grundlagen der Verfassung gelegt zu haben. Wir werden aber nur unter der Voraussetzung der Erledigung der Vermögensabgabe noch vor den Sommerferien zustimmen, daß die Zwischenzeit ausgenützt wird, die Arbeiten am Werke der Verfassung so in Gang zu bringen, daß wir nicht nur die Möglichkeit, sondern die Sicherheit vor uns haben, in der kurzen Herbsttagung, die dann noch vor den Wahlen wird folgen müssen, auch die Verfassung zu erledigen.

Hohes Haus! Ich möchte diese unsere Parteierklärung nicht schließen, ohne den Männern, die auf unser Ersuchen in die Regierung eingetreten sind, unsere besten Wünsche mit auf den Weg zu geben. Ich denke dabei nicht nur an unsere Parteigenossen im engeren Sinn, sondern auch an

jene Staatssekretäre, die aus dem Beamtenstande hervorgegangen sind und die unsere Stimmen allein oder zugleich mit den Stimmen der übrigen Parteien erhalten haben. Wir wünschen ihnen, daß sie in Ehren dieses schweren Amtes einer Übergangsregierung in diesem Staate, der mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, erfüllen können. Wir werden sie aber nicht nur stets mit unseren guten Wünschen begleiten, sondern, was an uns liegt, soll geschehen, daß sie in diesem Hause immer solche finden, die, ohne sich nur von ihren Parteiinteressen beeinflussen zu lassen, dem Staate geben, was des Staates ist, und die darum auch jenen Männern, die im Dienste des Staates ein solch schweres Amt auf sich genommen haben, alle Unterstützung angedeihen lassen, die sie sich durch ihr Verhalten selbstverständlich immer wieder werden verdienen müssen. *(Großer Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schürff. Ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Schürff:** Das bisherige Koalitionssystem hat die Unzufriedenheit von ganz Österreich hervorgerufen. Überall nahmen Elend und Not zu, die Desorganisation des Staates und des Wirtschaftslebens wuchs von Tag zu Tag, die Demoralisation der Bevölkerung schritt ständig vorwärts. Nur die Hoffnungen des Volkes auf das neue Regierungssystem und die Nationalversammlung waren bitter enttäuscht, überall wurde die Forderung nach Beseitigung dieses Zustandes laut. Der Zusammenbruch der Koalition aus diesen Gründen und wegen ihrer unhaltbaren inneren Verhältnisse kam nicht unerwartet.

In Übereinstimmung mit der Volksüberzeugung forderten die Großdeutschen beim Zusammenbruch der Koalition als erste Partei die Auflösung der Nationalversammlung und die eheste Durchführung von Neuwahlen, ferner entsprechende Vorsorgen für die Übergangszeit und stellten diesbezüglich genaue sachliche Forderungen auf. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung sind die anderen Parteien diesen Forderungen gefolgt und sind zum erstenmal in der Konstituierenden Nationalversammlung auch an die Großdeutschen wegen Beteiligung an Verhandlungen für die Bildung einer Übergangsregierung herangetreten. Die Großdeutschen standen vor einer schweren Gewissensfrage, denn eine länger dauernde regierungslose Zeit hätte leicht zu einer gefährlichen Staatskrise führen können. Der Standpunkt der Großdeutschen Vereinigung in dieser entscheidungsvollen Frage war, daß unter allen Umständen Ruhe und Ordnung im Staate, sowie ein



Weiterfunktionieren des Verwaltungsapparates gesichert werden müsse. Da eine Regierungsbildung nach wiederholten Erklärungen der anderen Parteien ohne die Großdeutschen nicht möglich war, mußte dem Gedanken näher getreten werden, daß die Großdeutschen an der Regierungsbildung teilnehmen. Doch sollte diese Mitarbeit an der Entwirrung keine bedingungslose sein. Die wichtigsten sachlichen Forderungen, die gestellt wurden, sollen kurz hier wiederholt sein: Bildung der Regierung nur aus Fachmännern, die Staatssekretärstellen sind zur Kennzeichnung des Systemwechsels und aus Sparsamkeitsrücksichten zu vermindern, die wichtigsten Staatsämter sollen mit Fachleuten besetzt werden. Das Staatsamt des Innern, das über Nachsmittel verfügt, ist zu neutralisieren. Die Entpolitisierung der Wehrmacht ist durchzuführen. Die Wahl-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit ist zu sichern. Das Wahlgesetz muß zeitgemäß ausgestaltet werden. Jede Nebenregierung ist schärfstens zu bekämpfen. Die Regierung hat den Donaukonföderationsgedanken grundsätzlich abzulehnen. Für die rascheste Eingliederung von Westungarn sind die notwendigen Vorfragen zu treffen. Die Regierung hat keine politischen Entscheidungen zu treffen, sondern sich nur auf eine korrekte Weiterführung der Verwaltungsgeschäfte zu beschränken.

Die Großdeutschen verhehlen sich nicht, daß die gebildete Proporzregierung nur ein sehr schlechter Notbehelf und nur für die Zeit des Überganges brauchbar ist, denn sie hat allen parlamentarischen Parteien von vornherein die oppositionelle Haltung aufgezwungen. Sie haben sich an dieser Lösung nur beteiligt, weil eine andere Lösung der Regierungskrise und eine andere Möglichkeit, die Koalitionsregierung oder das jetzige Rumpfkabinett zu beiseitigen, derzeit nicht gegeben erscheint. Hierbei hielten sie an ihren Forderungen fest und trafen demgemäß in dem ihnen eingeräumten Wirkungskreis auch die entsprechenden Entscheidungen. Daher entsenden die Großdeutschen nur einen Staatssekretär und keine Unterstaatssekretäre in die Regierung. Der von ihnen vorgeschlagene Staatssekretär ist kein Parlamentarier, sondern ein von allen Parteien anerkannter Fachmann. Die Entpolitisierung der Wehrmacht ist durch baldigste Erlassung einer Vollzugsanweisung in die Wege zu leiten, die für die Ausgestaltung des Zivilkommissariates und eine zweckmäßige Kontrolle des Staatssekretärs für Heereswesen vorsorgen soll. Die Parteipolitik in der Wehrmacht ist im Sinne des Wehrgesetzes auszuschalten. Das Staatsamt des Innern wurde mit einem Fachmann besetzt und von allen Parteien als neutral anerkannt. Auch die Durchführung der übrigen Punkte wurde in den Verhandlungen zugesagt.

Die Großdeutschen verhehlen sich nicht, daß durch die Wiederwahl von Funktionären, denen sie

das schärfste Mißtrauen schon seit langer Zeit offen gezeigt haben, die Lage des Proporzkabinetts ungeheuer erschwert wird. Wenn ihnen auch eine Einflußnahme auf die Zusammensetzung der anderen Parteien naturgemäß fehlt, so müssen sie doch feststellen, daß sie der Eintritt ihres Vertrauensmannes in die Regierung nicht hindern wird, den von ihnen abgelehnten Funktionären Dr. Deutsch und Dr. Tandler auch weiterhin das gebotene Mißtrauen entgegenzubringen. Sie behalten sich daher auch ihnen gegenüber vollständig freie Hand vor.

Die Großdeutsche Vereinigung erwartet die aufrechte Einlösung der sachlichen Zusagen und erklärt für den Fall, als diese nicht erfüllt würden und wider Erwarten die Parteipolitik im Kabinett in den Vordergrund geschoben würde, mit allen Mitteln hiegegen anzukämpfen und äußersten Falles ihren Vertrauensmann aus der Regierung zurückzuziehen. Die Großdeutschen wollen durch ihre Mitarbeit die Unbahnung geordneter Verhältnisse in der Staatsverwaltung und im Wirtschaftsleben ermöglichen, sie wollen an der Besserung der finanziellen Verhältnisse des Staates mitwirken, die Einheit und Autorität unseres Staates aufrechterhalten und werden sich in ihrer Mitarbeit leiten lassen von dem Grundgedanken ihrer bisherigen Politik: „Volkswohl stets über Parteiwohl!“

Die Großdeutschen bringen durch ihre Beteiligung an der Regierung ein großes Opfer, hauptsächlich aus dem Grund, um Österreich als geordnetes Staatswesen in hoffentlich nicht ferner Zeit den Anschluß an Großdeutschland zu ermöglichen und es in das großdeutsche Vaterland hinüberzuführen. (Beifall und Händeklatschen.)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Hohes Haus! Infolge der Neubildung der Regierung scheidet eine größere Zahl von Herren, die bisher an verantwortlicher Stelle als Staatssekretäre gewirkt haben, aus der Regierung. Ich glaube im Sinne des ganzen Hauses zu handeln, wenn ich all den Männern ohne Unterschied der Partei für ihre hingebungsvolle Arbeit im Dienste der Republik den Dank zum Ausdruck bringe. Ich behalte mir vor, dies auch schriftlich zu tun.

Nunmehr schreite ich zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Abgeordneten: Unterkircher als Mitglied des Hauptausschusses; ferner Muchitsch, Richter und Frau Popp als Mitglieder sowie Danneberg als Ersatzmann des Verfassungsausschusses; Frau Popp als Ersatzmitglied des Ausschusses für soziale



Verwaltung; Heint als Mitglied des Justizausschusses.

Sofern diese Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird (*nach einer Pause*) — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen und ersuche die Mitglieder die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel.*)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Über Beschluß des Hauptausschusses erbitte ich mir die Ermächtigung, den von der Staatsregierung in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf, betreffend die Wahlordnung, sofort nach seinem Einlangen beim Präsidium des Hauses dem Verfassungsausschusse zuweisen zu dürfen.

Wenn gegen meinen Vorschlag eine Einwendung nicht erhoben wird, werde ich in diesem Sinne verfahren. (*Nach einer Pause:*) Eine Einwendung erfolgt nicht, ich werde also den Gesetzentwurf sofort nach seinem Einlangen zuweisen.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor Freitag, den 9. Juli, 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Justizausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (608 der Beilagen), betreffend das Gesetz zur Durchführung des § 24 des Anhangs zu Artikel 248 und der Artikel 254 und 256, Absatz f und g des Staatsvertrages von St. Germain (760 der Beilagen).

2. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Staatsregierung (609 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Anwendung einzelner den gewerblichen Rechtsschutz regelnder Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain (884 der Beilagen).

Eventuell:

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staats-

regierung (891 der Beilagen), betreffend Änderung der Lohnklasseneinteilung in der Krankenversicherung der Arbeiter (900 der Beilagen).

4. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Staatsregierung (892 der Beilagen), betreffend die Erhöhung des zur Unfallversicherung anrechenbaren Arbeitsverdienstes (V. Novelle zum Unfallversicherungsgesetz) (905 der Beilagen).

Ich wäre nach der Geschäftsordnung auch verpflichtet, die dritte Lesung des gestern beschlossenen Gesetzes, betreffend die Getreidebewirtschaftung, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Im Einvernehmen mit allen Parteien wird jedoch diese dritte Lesung erst in der Sitzung am Dienstag nächster Woche vorgenommen werden.

Dagegen mache ich aufmerksam, daß in einzelnen Ausschüssen sehr fleißig gearbeitet wird, daß auch einzelne Gesetzesvorlagen schon fertig sind, zum Beispiel die Berichte des Ausschusses für soziale Verwaltung über das Krankenkassengesetz und die Lohnklassenänderung bei der Unfallversicherung. Eventuell könnten wir dann am Freitag unsere Tagesordnung auch noch in diesem Sinne ergänzen, um so die Gesetze, die noch erledigt werden müssen, vor dem Sommer aufzuarbeiten.

Ich mache aufmerksam, daß voraussichtlich auch am Samstag, eventuell auch am Montag, Sitzung sein wird, und daß die Ausschüsse, und zwar der Justizausschuß, der Verfassungsausschuß, der Finanzausschuß und der Ausschuß für soziale Verwaltung eine große Zahl von Agenden noch zu erledigen haben, daß also die Anwesenheit aller Mitglieder des Hauses notwendig ist.

Durch fleißige Arbeit wird es uns vielleicht möglich sein, am Freitag, den 16., die Arbeiten abzuschließen und eine, wenn auch ganz kurze Sommerpause eintreten zu lassen, wodurch insbesondere einem Wunsche der Landwirte entsprochen werden könnte. Das geschieht aber nur unter der Voraussetzung, daß wir fertig werden.

Bei der Wahl von Mitgliedern der Ausschüsse wurden 110 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 56.

Gewählt wurden mit je 110 Stimmen:

Zum Mitglied des Hauptausschusses der Herr Abgeordnete Fink;

in den Justizausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Erwin Waiz;



in den Verfassungsausschuß als Mitglieder die Herren Abgeordneten Dr. Danneberg, Dr. Eisler und Eldersch, als Ersatzmitglied Frau Popp;

in den Ausschuß für soziale Verwaltung als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Scheibin.

Wird gegen Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 6 Uhr 5 Minuten nachmittags.**

